

Schwerpunkt

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in und durch Jugendarbeit

Einige Betrachtungen aus spanischer und deutscher Perspektive

Rafael Merino & Mike Seckinger



Rafael Merino



Mike Seckinger

Zusammenfassung

Die Förderung der Beteiligung Jugendlicher gehört zu den wichtigsten Zielen der Jugendpolitik auf europäischer Ebene. In diesem Beitrag zeigen die Autoren an Entwicklungslinien in der Jugendarbeit in Spanien und Deutschland wie sich dieses Politikziel widerspiegelt. Im Vergleich der Entwicklungen werden sowohl Unterschiede in der Absicherung und dem Stellenwert von Jugendarbeit deutlich als auch Hindernisse bei der Förderung von Beteiligung erkennbar, die in Spanien und Deutschland zum Tragen kommen.

Schlagworte: Partizipation, Jugendarbeit, Jugendpolitik, Spanien, Deutschland

Abstract

The Promotion of participation of young people is one of the main issues in the European Youth Policy. Important cornerstones are mentioned for the development of youth work in Spain and Germany. The comparison of the different developments shows that the importance of youth work differs between both countries. But also some obstacles and side effects of the applied strategies to promote participation are stressed in this paper.

Keywords: Participation-activities, youth work, youth policy, Spain, Germany

Seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention gibt es weltweit eine Vielzahl von Aktivitäten, die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Einige Beispiele dafür sind die Weltkindergipfel 1990 und 2002, die internationalen Vereinbarungen zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention oder die Lissabon-Erklärung zur Jugendpolitik durch die dafür zuständigen Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedsstaaten im August 1998. In der Lissabon-Erklärung wird die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen und bei Entscheidungsprozessen gefordert. Die im Jahr 2006 verabschiedete Empfehlung des UN-Ausschusses für die Rechte der Kinder – ein weiteres Beispiel für die internationale Konjunktur des Themas – befasst sich ebenfalls mit der Frage, wie den Beteiligungsrechten von Kindern Geltung verschafft werden kann (vgl. *Committee on the Rights of the Child* 2006). Im Weißbuch der Europäischen Kommission wird die Verbesserung der Beteiligungsrechte und Beteiligungsmög-

lichkeiten von Kindern als Aufgabe der EU betont. In nahezu allen europäischen Ländern werden Projekte zur Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Observatori Català de la Joventut und dem Deutschen Jugendinstitut wurde die Aufmerksamkeit, die das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch auf der politischen Ebene der Europäischen Union erhalten hat, zum Anlass genommen, um sich mit Traditionen, Konzeptionen und aktuellen Entwicklungen des Themas Partizipation im Feld der Jugendarbeit in Spanien und Deutschland auseinanderzusetzen. Ziele dieser Betrachtungen sind einen Beitrag zu leisten, die bisherigen Entwicklungen in den beiden Ländern besser verstehen zu können, und auf einige unerwünschten Effekte bei der bisherigen Förderung der Beteiligung Jugendlicher hinzuweisen.

1. Hintergrund

Partizipation:
zentrales
Menschenrecht

Die Förderung von Partizipation ist nicht nur aus humanitären Gründen (zentrales Menschenrecht) ein Thema mit hoher Konjunktur, wie die vielen Veröffentlichungen der letzten Jahre zeigen, sondern auch weil aufgrund der Individualisierungsprozesse moderner westlicher Gesellschaften, diese und der Einzelne sehr viel mehr gefordert sind, Entscheidungen für die Gestaltung ihres Lebenswegs zu treffen. Die Zunahme an Freiheit wird bezahlt mit einer Zunahme an Unsicherheit (Beck 1986) und wachsenden Anforderungen an die Flexibilität des Einzelnen (Sennet 1998). Permanent hat jede und jeder Entscheidungen zu treffen. Wir alle sind zu „Baumeistern unseres eigenen Lebensgehäuses“ (Keupp 2002) geworden. Moderne Gesellschaften sind darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder in der Lage und bereit sind Verantwortung für sich zu übernehmen. Deshalb ist Partizipation ein Schlüsselthema für moderne Gesellschaften. Allerdings ist der Diskurs um Partizipation gefangen im Widerspruch zwischen Beteiligung als universellem Recht und dem instrumentellen Einsatz von Partizipation als Mittel der sozialen Kontrolle (Bradford 1999, S. 246). Die Möglichkeiten der Beteiligung werden kanalisiert. Am einem Beispiel aus dem Bereich Schule lässt sich das gut zeigen: die konkrete Gestaltung des Unterrichts, für die jungen Menschen überaus relevant, gehört nicht zu den Bereichen, die einer Mitbestimmung zugänglich sind. Die Debatte um Partizipation ist somit einerseits geprägt von der Notwendigkeit, Beteiligungsrechte zu garantieren und Formen und Strategien der gesellschaftlichen Teilhabe weiterzuentwickeln, und andererseits von den Beschränkungen der Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Beschränkungen werden größer, je prekärer die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ist. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch bei Erwachsenen.

Vor dem Hintergrund dieser hier nur schlaglichtartig angedeuteten gesellschaftlichen Entwicklung ist die Intensität, mit der über eine Teilhabe Jugendlicher am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben diskutiert wird, zu sehen. Gelingt es nicht, Kinder und Jugendliche für Beteiligung zu begeistern und damit auch für die Übernahme von Verantwortung für sich und andere, dann – so

Widerspruch
zwischen
Beteiligung als
universellem Recht
und dem
instrumentellen
Einsatz von
Partizipation als
Mittel der sozialen
Kontrolle

eine Hypothese – ist der zukünftige Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Das Feld der Jugendarbeit, das sich einst aus einem Abgrenzungsbedürfnis zur Welt der Erwachsenen entwickelt hat, ist zumindest in Deutschland seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ein Ort, dem gesellschaftlich die Aufgabe zugewiesen wurde, „Schule der Demokratie“ zu sein (vgl. z.B. *Fehrlen/Schubert 1991*). Insofern ist es nur folgerichtig, dass der Jugendarbeit in der Frage der Förderung von Beteiligung eine besondere Aufmerksamkeit zukommt.

Jugendarbeit:
„Schule der
Demokratie“

Selbstverständlich gibt es auch bezogen auf Schule einige Ansätze, gezielt die Partizipation Jugendlicher zu fördern (z.B. *Edelstein/Fausser 2001*, *Koopmann 2007*; *Richter 2006*), schließlich verbringen Kinder und Jugendliche einen großen Teil ihrer Zeit in der Institution Schule. Schule in ihrer heutigen Verfasstheit stößt jedoch bei der Förderung von Beteiligung schnell auf systemimmanente Grenzen, denn weder in ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen noch in ihren internen Strukturen (z. B.: Verhältnis von Ministerien zu Schulleitungen zur Lehrerschaft zur Schülerschaft) ist Schule eine demokratische Institution (vgl. z.B. auch *Merk 2003* oder *Melzer 2001*). Auch die Autoren des Gutachtens zum BLK-Programm verweisen darauf, dass „die Schule Teil des Problemzusammenhangs [ist], der zu Demokratieverdrossenheit und jugendkultureller Rebellion ursächlich beiträgt“ (*Edelstein/Fausser 2001*, S. 6).

die Schule ist Teil
des Problem-
zusammenhangs,
der zu Demokratie-
verdrossenheit und
jugendkultureller
Rebellion ursächlich
beiträgt

2. Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Diskussion über Beteiligung in Spanien und Deutschland

Betrachtet man Jugendarbeit in Spanien und Deutschland in den letzten einhundert Jahren, dann zeigt sich für beide Länder ein hohes Maß an Versuchen, die Jugendarbeit in dem jeweiligen Land für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Sie diene sowohl Spanien sowie allen deutschen Staaten in diesem Zeitraum als Kadenschmiede für die staatlichen Eliten, als Strategie, Ideen und Aktionen Jugendlicher im Staatssinne zu kanalisieren aber auch als Orte der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation Jugendlicher. Betrachtet man die Entwicklungen für die zwei Länder detaillierter, dann werden sowohl wesentliche Unterschiede in den Erwartungen an Jugendarbeit als Ort der Beteiligung und des gesellschaftlichen Engagements als auch bei den Maßnahmen und Strategien zur Förderung von Partizipation deutlich. Die folgende Darstellung der Entwicklung in Spanien und Deutschland bezieht sich auf – aus der Sicht der Autoren – jeweils wichtige Stationen. Daraus ergibt sich auch, dass für jedes Land andere Aspekte in den Vordergrund gerückt werden. Es würde das Verständnis für die Entwicklung des Diskurses über und der Praxis von Beteiligung Jugendlicher im Rahmen und durch die Jugendarbeit der beiden Länder nicht wesentlich fördern, würde man das Thema Partizipation nur an allgemeinen Indikatoren beschreiben wollen. Die Operationalisierungen von Beteiligung sind bereits in Studien, die sich auf ein Land beziehen so unterschiedlich, dass die Ergebnisse kaum miteinander verglichen werden können (vgl. van Santen 2005). Umso schwieriger ist es im internationalen Vergleich.

2.1 Historische Entwicklungen

Spanien

Die neuere spanische Geschichte ist geprägt von dem Übergang von der Franco-Diktatur zum heutigen demokratischen System in den 70er Jahren. Zwei Aspekte dieser Entwicklung sind für ein Verständnis des Partizipationsdiskurses im heutigen Spanien besonders wichtig: Der eine Aspekt ist, dass in der Zeit der Diktatur alle jugendpolitischen Aktivitäten und Angebote von den faschistischen staatlichen Organisationen selbst oder aber den gleichgeschalteten Jugendorganisationen ausgingen. Alle Möglichkeiten sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen, wurden durch den Staat definiert und strikt kontrolliert. Sie dienten der Ausbildung der staatlichen Elite. In einem gewissen Sinne gab es eine Pflicht, sich in verschiedenen Organisationen einzubringen und damit an der Gestaltung der faschistischen Gesellschaft teilzuhaben, denn dies war zum Beispiel eine Voraussetzung, um eine berufliche Ausbildung absolvieren zu können. Alle Jugendorganisationen aus der republikanischen Zeit davor waren verboten. Dies führte im Übergang zur Demokratie zu einer erheblichen Lücke. Es fehlte an Personen, die über Erfahrungen im Aufbau demokratischer Jugendorganisationen verfügen (*Serrano 1999*).

Der zweite Aspekt ist, dass der Widerstand gegen die Diktatur dynamische soziale Bewegungen hervorbrachte (z.B. Studentenbewegung). Für die Mitglieder dieser Bewegungen ist Beteiligung gleichbedeutend mit einem großen politischen Engagement. Die sozialen Bewegungen mit ihren legalen und illegalen Organisationen waren die „Beteiligungsschulen“ für die Aktiven in den sozialen Bewegungen.

Mit dem Übergang zur Demokratie mussten in ganz Spanien neue Verwaltungsstrukturen geschaffen werden, insbesondere auf regionaler (die Schaffung der autonomen Regionen Katalonien, Baskenland und Galizien) und auf kommunaler Ebene. Der Wohlfahrtsstaat wurde in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise entwickelt und ausgebaut. Ein Aufbau der neuen Verwaltungsstrukturen wäre ohne den Wechsel zahlreicher Aktiven aus den sozialen Bewegungen in staatlichen Stellen nicht möglich gewesen¹. Dies führte jedoch zu einem personellen und auch inhaltlichen Ausbluten etlicher Organisationen, die im Kampf für die Demokratie groß geworden waren, so dass diesen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zumindest ein erheblicher Teil ihrer personellen Basis entzogen wurde. Die Förderung von Beteiligung wurde überwiegend zu einer Aufgabe öffentlicher Verwaltung, weshalb die Impulse für sozial- und jugendpolitische Innovationen in den 80er Jahren aus der öffentlichen Verwaltung kamen. Diese Entwicklung führte dazu, dass sich das Verständnis von Beteiligung von Jugendlichen auf zwei Bereiche reduzierte: zum einen auf den Konsum von Freizeitangeboten, die staatlicherseits organisiert werden, und zum anderen auf eine Art öffentliche Politikberatung, wie sie typisch für die Jugendparlamente in zahlreichen mittleren und größeren Städten² ist. Zumindest für den Bereich, in dem Partizipation als Konsum von staatlich organisierten Freizeitangeboten verstanden wurde, kann festgehalten werden, dass unter der Überschrift „Förderung der Beteiligung Jugendlicher“ ihre Passivität und ihre Erwartungen gefördert

wurde, andere würden etwas für sie organisieren. In gewisser Weise erreichte damit die staatliche Beteiligungsförderung das Gegenteil dessen, was eigentlich erreicht werden sollte. Anstelle einer Förderung der Selbstständigkeit, Verantwortungsübernahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wurde zum Konsum erzogen.

Der durch staatliche Finanzmittel unterstützte Ausbau von Freizeitangeboten für Jugendliche führte auch zu einer Ausdifferenzierung des bis dahin relativ homogenen Selbstverständnisses der spanischen NGOs als unabhängiges Gegengewicht zu staatlichen Organisationen. Ein Teil der NGOs ließ sich für ihre sozialen Dienste mit staatlichen Mitteln fördern, ein anderer Teil der NGOs erhob den Verzicht auf staatliche Mittel zu einem identitätsstiftenden Ausweis ihrer Unabhängigkeit. Der erste Typ entwickelt den Dritten Sektor und trägt durch seine Angebote zur Konsumhaltung auch gegenüber sozialer und kultureller Angebote bei (Prieto Lacai 2002). Aus den NGOs, die jede Nähe zu staatlichen Stellen vermeiden, entwickeln sich neue Formen gemeinschaftlichen Handelns und eine neue soziale Bewegung in den 90er Jahren. Das diesen zwei Typen von NGOs zugrunde liegende Beteiligungskonzept unterscheidet sich grundsätzlich. Inzwischen haben sich in Spanien neue Beteiligungsformen jenseits der Jugendorganisationen entwickelt. In einigen Kommunen gibt es Diskussionsforen, Formen der Bürgerbeteiligung oder „Beteiligungsbudgets“, die in Folge des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre entstanden sind. Manchmal profitieren Verbände von diesen neuen Entwicklungen, manchmal jedoch sind sie hiervon ausgeschlossen oder aber diese neuen Entwicklungen wenden sich direkt gegen die Verbände (Angulo 2002).

Am Ende der 90er Jahre wird unter dem Stichwort Beteiligung ein weiteres Thema für die Jugendpolitik in Spanien relevant. Bis dahin wurde die Jugendphase ausschließlich als eine notwendige Zwischenstation auf dem Weg des Erwachsenwerdens begriffen. Die für diesen Entwicklungsweg notwendigen Schritte waren klar definiert. Um erwachsen zu werden, sollte die jungen Menschen idealer Weise zuerst in die Bildungsinstitutionen integriert sein und dann darauf aufbauend am Arbeitsmarkt „teilhaben“ können. Diese Betrachtung der Jugendphase wurde als „erwachsenenzentriert“ kritisiert und ein neues Modell der Gestaltung des Übergangs entstand. Das mit dem neuen Modell verbundene jugendpolitische Konzept wurde von seinen Verfechtern unter den Namen „Nueva Condición“ („neuen Bedingungen“) und „Políticas Afirmativas“ („affirmative Politiken“) in die jugendpolitische Debatte eingeführt (Barrenetxa u.a. 2002). Die Jugendphase wird als eine eigenständige Lebensphase begriffen, sie ist mehr als nur der Übergang vom Kind zum Erwachsenen. Die Jugendphase ist vielmehr – so die Verfechter dieser Neukonzeptionalisierung – geprägt von den Experimentiermöglichkeiten hinsichtlich der eigenen Lebensentwürfe, die sich aus dem im Lebenslauf nach hinten verschobenen Auszug aus dem Elternhaus und der damit verbundenen Entlastung von der Sorge, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, ergeben. Diese Konzeptionalisierung der Jugendphase legt die Aufmerksamkeit der spanischen Jugendpolitik auch auf die Alltagsgestaltung Jugendlicher und integriert in den Beteiligungsdiskurs auch die Frage nach der Teilhabe am kulturellen Leben.

Anstelle einer Förderung der Selbstständigkeit, Verantwortungsübernahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wurde zum Konsum erzogen.

Deutschland

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wurde insbesondere von der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone der Wiederaufbau der Jugendarbeit als ein wesentlicher Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands verstanden.

Der freiwillige Zusammenschluss von jungen Menschen in Verbänden im 19. Jahrhundert kann als Anfang der Jugendarbeit in Deutschland angesehen werden. Jugendverbände waren Ausdruck des Bedürfnisses nach spezifischen Jugendbereichen, die frei von Erwachsenen sein sollten. Diese Entwicklung erreichte einen Höhepunkt mit der Verlautbarung der Meißner-Formel³ auf dem ersten Freideutschen Jugendtag im Oktober 1913. Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wurde insbesondere von der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone der Wiederaufbau der Jugendarbeit als ein wesentlicher Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands verstanden. Es wurde deshalb gezielt in den Aufbau von Strukturen, z.B. Jugendringe als örtlicher Zusammenschluss von Jugendverbänden, investiert. Dies ist ein Grund dafür, warum Jugendverbände in Deutschland eine größere Rolle spielen als in Spanien. Im Unterschied zu den Anfängen der Jugendbewegung ging diese Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg jedoch nicht von Jugendlichen selbst aus. Vielmehr nutzten Erwachsene Jugendarbeit um ein spezifisches Ziel zu verfolgen. Auch heute sind Jugendverbände wichtige Orte, um demokratische Praktiken einzuüben und Einfluss auf die Jugendpolitik zu nehmen, die sich in ihrem Selbstverständnis noch immer als eine von Jugendlichen selbstorganisierte Struktur für Jugendliche verstehen. Jugendverbandsstudien zeigen jedoch auch, dass diese Selbstbeschreibung nicht uneingeschränkt zutrifft. So sind beispielsweise bei ostdeutschen Jugendringen 35 % der ehrenamtlichen Vorstände älter als 36 Jahre, bei den westdeutschen Jugendringen beträgt dieser Anteil 24 % (*Gragert u.a.* 2006, S. 26). Ebenfalls befinden sich eine ganze Reihe professioneller Angebote der Jugendarbeit in Trägerschaft von Jugendverbänden. Hierbei kann wohl kaum mehr von jugendlicher Selbstorganisation gesprochen werden. Ähnlich wie in Spanien wurden auch in Deutschland in den Phasen der Diktatur Jugendverbände im Interesse der Machthabenden instrumentalisiert. Dies gilt sowohl für die Zeit des ersten Weltkriegs, für die Zeit von 1933 bis 1945 sowie für die FDJ in der DDR. In den Übergangsphasen zur Demokratie gab es gezielte Maßnahmen zur Förderung von Jugendverbänden und Jugendarbeit, weil in diesen eine Keimzelle für die Entwicklung der Demokratie gesehen wird. Die sich langsam entwickelnde Debatte darüber, welche Bedeutungen Migrantenselbstorganisationen für die Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund haben und wie diese Organisationen dazu beitragen können, Zugang zu unterschiedlichen Formen der Beteiligung zu eröffnen, zeigt exemplarisch, dass die Aufgabenzuschreibung (Jugendorganisationen als Ort, an dem Demokratie gelernt und gelebt werden kann) unverändert ist.

Jugendorganisationen als Ort, an dem Demokratie gelernt und gelebt werden kann

Im Unterschied zu Spanien lassen sich ähnliche Entwicklungen zum Thema Beteiligung auch für andere Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland beschreiben (vgl. z. B. *Arbeitsgruppe Heimreform* 2000). Insofern überrascht es nicht, dass im Achten Jugendbericht (*BMJFFG* 1990) die Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten, sowie das Zusammenspiel ihrer Deutungen ihrer Lebensrealität mit den durch die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen geprägten Lebensverhältnissen zum Bezugspunkt von Theorie und fachlichem Handeln wurde. Auch in neuerer Zeit gibt es unterschiedli-

che Ansätze, die aus rechtlicher (z.B. *Richter* 2007) aus gesellschaftlich-funktionaler (z.B. *Olk/Roth* 2007), aus pädagogischer (z.B. *Pluto* 2007) und aus psychologischer (z.B. *Lenz* 2006) Perspektive begründen, warum die Ermöglichung und Förderung von Partizipation konstitutiv für den Umgang mit jungen Menschen sein muss.

2.2 Gesetzliche Grundlagen

Auf internationaler Ebene gibt es wichtige rechtliche Instrumente zur Stärkung von Kinderrechten, in denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen eine zentrale Rolle spielt – auf diese haben wir bereits in der Einleitung hingewiesen. Trotz dieses gemeinsamen internationalen Rahmens sind die Partizipationsrechte in Spanien und Deutschland unterschiedlich stark abgesichert. Dies liegt sicherlich auch daran, dass es in Deutschland ein eigenes Gesetzbuch für die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gibt. Insofern überrascht es nicht, dass die Regelungsdichte in Deutschland höher ist.

Spanien

In Spanien gibt es in den einschlägigen Gesetzen weniger Regelungen, die die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen explizit zum Gegenstand haben. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Artikel 7 des Gesetzes zum Schutze von Minderjährigen:

1. Minderjährige haben das Recht sich umfassend an dem sozialen, kulturellen, künstlerischen Leben und Freizeitangeboten zu beteiligen ebenso wie sich bürgerschaftlich zu engagieren. Die öffentliche Hand ist verpflichtet, die Schaffung von Beteiligungsgremien für Minderjährige sowie ihre Selbstorganisation zu fördern.
2. Minderjährige haben das Recht sich zusammenzuschließen, insbesondere das Recht auf Mitgliedschaft in einem Verband und in Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaften. Das Recht für Kinder- und Jugendverbände zu werben. (...) Minderjährige können sich in den Führungsgremien dieser Organisationen beteiligen. (...)
3. Minderjährige haben das Recht sich an öffentlichen Versammlungen und friedlichen Demonstrationen zu beteiligen. Sie haben ebenso das Recht, für diese zu werben und diese zu organisieren, wenn ein Einverständnis der Eltern vorliegt.

Es ist deutlich, dass sich die Verankerung der Beteiligungsrechte von Minderjährigen in Spanien auf Formen politischer Beteiligung fokussiert. Die pädagogische und psychologische Diskussion über die Bedeutung von Partizipation spielt bei der gesetzlichen Verankerung in Spanien keine Rolle.

Seit 1985 ist im Schulgesetz geregelt, dass es an Grund- und Sekundärschulen Gremien geben muss, an denen Eltern, Lehrer und Schüler beteiligt sind. Theoretisch stellt dieses Gremium das höchste Entscheidungsorgan dar, es be-

ruft beispielsweise die Schulleitung. In der Praxis jedoch ist die Wirkung dieses Gremiums gering. Es beschränkt sich in seinen Aktivitäten hauptsächlich auf disziplinarische Fragen. Es wurden bisher keine guten Bedingungen für eine wirkliche Beteiligung geschaffen. Die konservative Regierung in der Zeit von 1996 bis 2004 hat zudem die Handlungsspielräume dieser Gremien weiter eingeschränkt, insbesondere in den Sekundarschulen.

Deutschland

In Deutschland sind die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Gesetzen verankert. Zuallererst ist das Kinder- und Jugendhilferecht zu nennen, da dieses auch den rechtlichen Rahmen für die Jugendarbeit bildet. In verschiedenen Paragrafen ist das Recht von Kindern und Eltern, beteiligt zu werden sowie die Pflicht der Fachkräfte, dies zu ermöglichen festgelegt (§§ 5, 8, 11, 12, 14, 17, 36, 74, 80 SGB VIII). Explizit auf die Jugendarbeit beziehen sich die Paragrafen 11 und 12 SGB VIII. In den Schul- und Unterrichtsgesetzen der einzelnen Bundesländer finden sich ebenfalls Regelungen zur Beteiligung von Schülern und Schülerinnen, diese haben jedoch in der Regel einen weniger verbindlichen Charakter (für einen Überblick *Füssel* 1998). Im Arbeitsrecht sind spezielle zu wählende Gremien vorgeschrieben, die sicherstellen sollen, dass die Belange von Auszubildenden bei der innerbetrieblichen Entscheidungsfindung angemessen repräsentiert sind. Im BGB sind Regelungen enthalten, die Eltern dazu verpflichten, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, ihre Wünsche und Interessen zu achten. In etlichen Bundesländern sind im Rahmen der Gemeindeverordnungen die Voraussetzungen für die Einrichtung von Jugendparlamenten gegeben. Mitbedingt durch das Verständnis von Jugendhilfe als Querschnittsaufgabe lassen sich schwache Ansätze zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in anderen Politikfeldern finden, z.B. bei der Bauleitplanung.

3. Ansätze zur Förderung von Partizipation durch Jugendpolitik

Konzeptentwicklungen, Diskurse und rechtliche Grundlagen spannen zwar den Rahmen, innerhalb dessen Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit gefördert und umgesetzt werden kann. Aber der Rahmen selbst gibt noch keine hinreichende Antwort darüber, welche Wege in der Praxis und in der Politik tatsächlich beschritten werden. Im Folgenden wird exemplarisch an einzelnen Akzentsetzungen der Jugendpolitik in Spanien und Deutschland aufgezeigt, wie Ermöglichung und Förderung von Partizipation heute konkret aussehen. Ein Ausgangspunkt für die die Konjunktur des Themas Beteiligung in den jeweiligen Jugendpolitiken liegt in dem durch repräsentative Befragungen regelmäßig bestätigten Befund, dass Jugendliche sich für die tradierten Formen gesellschaftlichen Engagements nur bedingt begeistern können. Jugendlichen wird ein wachsendes Desinteresse an politischen Institutionen attestiert. Mitt-

lerweile vertrauen nur noch 17 % der ostdeutschen und 18 % der westdeutschen Jugendlichen zwischen 16 und 29 Jahren politischen Parteien (vgl. *Gaiser/Gille/de Rijke* 2006, S. 25). Fast keiner von ihnen hat ein Interesse, Aufgaben in politischen Institutionen zu übernehmen (vgl. *Gaiser/Gille/de Rijke* 2006, S. 29). Diese Ergebnisse verweisen auf das ernste Problem, dass „je schwächer das Vertrauen in die etablierten Institutionen der Politik ist, desto niedriger ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland“ (*Gaiser u.a.* 1998, S. 150). Ähnliche Befunde liegen auch für Spanien vor. Die aktuellen Daten des Eurobarometers zeigen zum Beispiel, dass die wichtigste Möglichkeit, auf Politik Einfluss zu nehmen in Demonstrationen liegt. Die Mitgliedschaft in politischen Parteien scheint dagegen für junge Menschen in Spanien keine Strategie zu sein, ihren Einfluss erhöhen zu können (*Flash Eurobarometer* 2007). Im Unterschied zu Deutschland ist der Anteil von jungen Menschen, die Mitglied in einer Organisation sind, in Spanien erheblich niedriger (*Flash Eurobarometer* 2007, S. 22).

Die aktuellen Daten des Eurobarometers zeigen, dass die wichtigste Möglichkeit, auf Politik Einfluss zu nehmen in Demonstrationen liegt.

Spanien

In Spanien entwickelten sich in den 80er Jahren Ansätze einer eigenständigen Jugendpolitik und der Diskurs über Partizipation fokussierte sich auf zwei Politikbereiche: die Förderung von Jugendorganisationen und die Förderung von jugendspezifischen Freizeitaktivitäten. Andere Themen wurden nur am Rande erwähnt. Ein Grund hierfür liegt in der Schwäche der Jugendministerien, die nur einen geringen Einfluss auf andere Politikbereiche (z.B. Bildung, Arbeit, Sozialbereich) ausüben können. Die Jugendpolitik wurde zu einem peripheren Politikbereich (*Casal* 2002). Auch die Mehrzahl der Jugendverbände und –organisationen konzentriert sich auf kulturelle, sportliche und andere Freizeitaktivitäten. So dass sich die Förderung der Beteiligung von Jugendlichen auf eine Teilhabe an dem wachsenden Freizeitmarkt reduziert. Dies ist einer der Gründe, warum eine Auseinandersetzung mit den sozialen Bedingungen innerhalb der Institutionen, in denen Jugendliche einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, im Rahmen der Jugendpolitik nicht stattfindet. Die politischen Aktivitäten, die sich in Spanien unter der Überschrift Beteiligung an Jugendliche richten, wurden in den letzten drei Jahrzehnten, von der Arbeitsmarktpolitik initiiert. Insofern überrascht es nicht, dass Beteiligung von Jugendlichen an der der Beschäftigungsrate von Jugendlichen gemessen wurde und gemessen wird. Die in den 80er Jahren speziell für Einstellung von Jugendliche entwickelten Arbeitsverträge, die zu schlechter bezahlten und weniger abgesicherten Arbeitsverhältnissen führen, wurden als Maßnahme zur Partizipationsförderung dargestellt. Zusammenfassend ist noch immer zu konstatieren, dass es in Spanien keine Jugendpolitik gibt, die diesen Namen verdient.

Ansätze einer eigenständigen Jugendpolitik

Die Jugendpolitik wurde zu einem peripheren Politikbereich

Zusammenfassend ist noch immer zu konstatieren, dass es in Spanien keine Jugendpolitik gibt, die diesen Namen verdient.

In den Sozialwissenschaften spiegelt sich diese Spaltung im Umgang mit Jugendthemen – inspiriert durch die politische Verwaltung – wider. Die meisten Forschungsprojekte werden durch staatliche Stellen finanziert, weshalb es nicht wundert, dass auch in den Studien der eben dargestellte eingeschränkte Begriff von Partizipation dominiert (*Serrano u.a.* 1999; *Serracant* 2001). In den letzten Jahren hat es einige Initiativen gegeben, den in der nationalen Politik zugrunde

Jugendpläne gelegten Beteiligungsbegriff in Richtung der dargestellten Konzeptdiskussion zu erweitern. Es wurden so genannte Jugendpläne unter der Beteiligung verschiedener Ministerien, Behörden und Jugendorganisationen entwickelt⁴. Auch in der Forschung wurde diese Entwicklung aufgegriffen, es wurden neben den traditionellen statischen Surveys mit getrennt voneinander erhobenen Dimensionen (Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit, Werte) auch Studien mit einer Längsschnittperspektive durchgeführt, die Entwicklungswege gesellschaftlichen Engagements nachzeichnen (*Casal u.a.* 2004).

Studien mit Längsschnittperspektive

Deutschland

Im letzten Jahrzehnt wurde die Förderung von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu einem der großen Themen deutscher Jugendpolitik. Um das Image politischer Institutionen zu verbessern und das Engagement Jugendlicher im politischen System zu erhöhen, wurden und werden sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene eine Reihe von Aktionen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen wie Jugendverbänden und Jugendringen wurden neue Formen entwickelt, um das Wissen über demokratische Entscheidungsfindungsprozesse zu erhöhen und Jugendliche für parlamentarische Formen zu begeistern. So stieg die Anzahl der Kommunen mit einem Jugendparlament in den 90er Jahren deutlich an (*Bruner/Winkelhofer/Zinser* 1999), und die Bundesregierung startete „nation-wide participation movement with a participation week involving different activities geared not only towards setting a trend at a federal level, but at being part of the mainstay of young people’s lives in specific terms“ (*BMFSFJ* 2001, S. 12). Ebenfalls wurde darüber diskutiert, das Wahlalter abzusenken. In fünf der 16 Bundesländer dürfen sich Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr an Kommunalwahlen beteiligen⁵. Die Aktivitäten bleiben nicht auf das Jugendalter beschränkt. In etlichen Gemeinden wurden Kinderforen eingerichtet, um so Kindern zu ermöglichen, ihre Meinung, ihre Wünsche und ihre Kritik im unmittelbaren Austausch mit Mandatsträgern zu artikulieren. Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfeplanung ist es jedoch zu einer Abnahme der Beteiligung gekommen, wie eine längsschnittliche Befragung bei Jugendämtern zeigt (*Pluto u.a.* 2007, S. 367). Diese Entwicklung zeigt, wie wichtig es ist Jans’ Hinweis darauf zu beachten, dass Beteiligung nicht auf eine Teilhabe am politischen System reduziert werden kann (*Jans* 2004).

Kommunen mit einem Jugendparlament

Wahlalter absenken

Kinderforen

Die Stärkung der Jugendbeteiligung ist einer der drei jugendpolitischen Handlungsschwerpunkte der Bundesregierung. In der Antwort auf die große Anfrage zum Thema „Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit.“ (*Deutscher Bundestag* 2007) führt die Bundesregierung die Vielzahl von Aktivitäten auf (vom Zustandekommen des Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010, über Kooperationsprojekte mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring bis hin zu speziellen Programmen für den ländlichen Raum) aus, mit denen die Beteiligung junger Menschen gefördert werden soll.

Die Bemühungen, den Grad an Beteiligung zu erhöhen, sind nicht auf den Kernbereich der Jugendarbeit bzw. der Jugendhilfe begrenzt. Mit dem von der

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung initiiertes Programm „Demokratie lernen & leben“ (www.Blk-demokratie.de) wird die Schule als ein potentieller Ort der Beteiligungsförderung ins Zentrum der Bemühungen gerückt. Auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung als ein Bereich, in dem weit reichende Entscheidungen für die Lebenssituation von Familien getroffen werden, gibt es inzwischen eine Reihe von Forschungs- und Praxisprojekten, die sich mit der Verwirklichung von Teiligungsrechten in der Hilfestellung, -gestaltung, -durchführung und -beendigung auseinandersetzen (vgl. z.B. Babic/Legenmayer 2004; Pluto 2007; Wolf/Hartig 2006; www.diebeteiligung.de).

Schule als ein
potentieller Ort der
Beteiligungsförderung

4. Stolpersteine bei der Förderung von Partizipation

In Spanien und Deutschland lässt sich an unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der Jugendarbeit zeigen, dass es gar nicht so einfach ist, zu entscheiden, welche Strategien, welche Handlungsangebote tatsächlich zu einer Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten und zu einer aktiven Nutzung dieser Möglichkeiten führt. Am Beispiel des schillernden Begriffs des ehrenamtlichen beziehungsweise freiwilligen Engagements und des manchmal bemerkbaren Erschreckens der Politik, wenn Jugendliche Beteiligung ernst nehmen, sollen einige Stolpersteine bei der Förderung von Partizipation verdeutlicht werden.

4.1 Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung

Das Ausmaß des ehrenamtlichen Engagements wird oft als Indikator für den Teiligungsgrad herangezogen, obwohl eine hohe Anzahl ehrenamtlich Aktiver nicht unbedingt Ausdruck einer entwickelten Partizipationskultur sein muss. Auf drei Aspekte, warum dies so ist, soll hier näher eingegangen werden.

Ein erster Grund dafür, dass allein die Anzahl der ehrenamtlich aktiven Jugendlichen noch kein guter Indikator für die Verwirklichung der Partizipation(srechte) Jugendlicher ist, liegt daran dass die Ausübung eines Ehrenamtes mit einer hierarchischen Unterordnung verbunden sein kann und somit nicht der Förderung sondern der Minderung der Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher dient. Eine Politik, die die Integration von Jugendlichen in die Strukturen von Organisationen fördert, die gemeinnützige Arbeit leisten, ohne dabei gleichzeitig den Ausbau der Entscheidungskompetenzen (sowohl im Sinne von Können als auch von Dürfen) zu unterstützen, fördert also nicht die Beteiligung von Jugendlichen.

hierarchische
Unterordnung

Ein zweiter Grund dafür, dass die Anzahl ehrenamtlich tätiger Jugendlicher nur bedingt ein Indikator für den Grad der Beteiligung Jugendlicher darstellt, ist in der inzwischen instrumentellen Nutzung ehrenamtlichen Engagements zu sehen. Die auf europäischer Ebene geführte Debatte darüber, wie außerschulisch erworbene Bildung und Kompetenz durch eine Zertifizierung einerseits eine angemessene Wertschätzung erfahren und andererseits für die berufliche Karriere genutzt werden können, geht einher mit einer Intensivierung der Diskussion

instrumentelle
Nutzung
ehrenamtlichen
Engagements

über informelle Bildungsprozesse (vgl. z.B. *Tully 2007*) in der Jugendarbeit. Obwohl es zumindest für Deutschland noch keine empirischen Hinweise darauf gibt, dass Jugendliche sich überwiegend wegen den verwertbaren Effekten für Studium und Beruf ehrenamtlich engagieren (z.B. *Gragert u.a. 2006*, S.31, *BMFSFJ 2004*, S.61), besteht innerhalb der Jugendarbeit die Befürchtung, dass das Interesse am gesellschaftlichen Engagement zugunsten des Versuchs, die die eigenen individuellen Voraussetzungen für ein Bestehen am Arbeitsmarkt zu optimieren, in den Hintergrund rückt. Diese Entwicklung lässt sich in Spanien insbesondere im Bereich des Gesundheitssystems beobachten. Junge Ärztinnen und Ärzte engagieren sich bei NGOs, um auf diesem Wege Berufserfahrung zu sammeln und so ihre Arbeitsmarktchancen zu erhalten. Die „Ärzte ohne Grenzen“ werden deshalb in Spanien auch „Ärzte ohne Arbeit“ genannt (*Callejo 1999*). Auch in einem Bericht des spanischen Parlaments von 1998 wird darauf hingewiesen, dass junge Menschen, die in Verbänden aktiv sind, einen leichteren Zugang zu einer eigenen Wohnung und zum Arbeitsmarkt haben (*Jerez 1999*). Das Argument, dass eine instrumentelle Nutzung ehrenamtlichen Engagements eine Beteiligung Jugendlicher an gesellschaftlichen Prozessen behindere, überzeugt jedoch für sich alleine genommen nicht, denn wie in der Diskussion um zivilgesellschaftliches Engagement darlegt wurde, stehen egoistische Motivlagen und gesellschaftlicher Nutzen nicht in einem bipolaren Verhältnis zueinander. Vielmehr kann zwischen beiden auch eine hohe Übereinstimmung bestehen (vgl. z.B. *Keupp 2000*). Aber bedingt durch die zunehmende Verwertbarkeit des Engagements für die berufliche Laufbahn besteht die Gefahr, dass die bereits vorhandene soziale Schieflage bei der Verteilung von Beteiligungsmöglichkeiten noch zunimmt. Studien in Spanien und Deutschland (z.B. *Casal u.a. 2004*; *van Santen 2005*) zeigen, dass bestimmte, gesellschaftlich besonders anerkannte Formen der gesellschaftlichen Teilhabe an die Zugehörigkeit zur sozialen Schichten gekoppelt sind. Junge Männer, gut gebildet und sozial abgesichert, engagieren sich stärker ehrenamtlich als andere Jugendliche. Es reicht also nicht aus, die Möglichkeiten zum Engagement zu verbessern, sondern es ist auch darauf zu achten, dass bestehende soziale Ungleichheiten durch eine Förderung von Beteiligung nicht vertieft werden, denn sonst würde die Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Beschränkung der Bereiche, in denen Jugendliche aktiv teilhaben

Die zumindest im Diskurs zunehmende Orientierung an der unmittelbaren Verwertbarkeit des freiwilligen Engagements birgt auch die Gefahr einer Beschränkung der Bereiche, in denen Jugendliche aktiv teilhaben. Denn all die Aufgaben, denen nur ein geringer oder (noch) kein informeller Bildungseffekt zugestanden wird, all die Tätigkeiten, die notwendig sind, um die Strukturen für Beteiligung zu schaffen und sichern, werden unattraktiv für ehrenamtlich Tätige. So geben zum Beispiel in einer bundesweiten Befragung von Jugendringen nur ein Drittel der Jugendringe an, dass Verwaltungsaufgaben auch von ehrenamtlich Aktiven übernommen werden (*Gragert u.a. 2006*, S. 34). Die wachsende Anerkennung in Form von Zertifizierung bestimmter Formen ehrenamtlichen Engagements kann also zu einer Entwicklung führen, die die Möglichkeiten zu diesem Engagement einschränkt. Dem kann durch einen gezielten Einsatz von hauptamtlichen Kräften entgegen gewirkt werden, wie die bundesweite Jugendringstudie zeigt: Denn sind hauptamtliche Kräfte vorhanden, dann ist auch die

Anzahl der ehrenamtlich Aktiven größer (*Gragert u.a. 2006, S. 24*). Andererseits führt eine stetige Verbreitung von Zertifikaten für beim freiwilligen Engagement erworbene Kompetenzen auch zu deren Entwertung. Denn wenn viele über solche Zertifikate verfügen, dann taugen sie nicht mehr als Distinktionsmerkmal.

5. Zusammenfassung

Ein wichtiges Ziel moderner Gesellschaften ist es, einen hohen Grad an persönlichem Engagement im öffentlichen und privaten Leben zu erzielen. Zum selben Zeitpunkt jedoch, an dem die öffentliche Aufmerksamkeit sich besonders auf die Frage der Teilhabe Jugendlicher am öffentlichen Leben richtet, sinkt für Jugendliche (und nicht nur für diese) die Attraktivität der traditionellen Wege am öffentlichen Leben teilzunehmen. Ein Vergleich der Diskussionen um und Entwicklungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Spanien und Deutschland zeigt, dass in beiden Ländern dieses Thema eine erhebliche Bedeutung hat, trotz unterschiedlicher rechtlicher Rahmungen, trotz der unterschiedlichen historischen und fachlichen Bezugspunkte für die Debatte und den unterschiedlichen Formen von Beteiligung, die sich entwickelt haben.

Jugendarbeit, insbesondere Jugendverbandsarbeit steht in Spanien nicht in der derselben Tradition wie in Deutschland. Die Idee, durch Jugendarbeit Autonomie von der Erwachsenenwelt zu entwickeln, ist in Spanien nicht so stark verankert. Dies spiegelt sich in der gesetzlichen Absicherung von Beteiligungsrechten wider. In Spanien erfahren Jugendverbände in diesem Zusammenhang keine besondere Beachtung. Auch Unterschiede in den Zielen der Partizipationsförderung, die in Spanien stärker als in Deutschland auf den Konsum von Freizeitangeboten ausgerichtet sind, lassen sich als Auswirkung der anderen Verfasstheit von Jugendarbeit deuten. Sicherlich mitbedingt durch eine Annäherung der Lebensverhältnisse in Spanien und Deutschland sowie durch die jugendpolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene werden auch Parallelen sichtbar: Die Strategie, Jugendliche für das System der repräsentativen Demokratie durch Jugendforen und -parlamente zu gewinnen, wird in beiden Ländern verfolgt. Die Veränderungen der Engagementformen – hin zu einer stärkeren Projektorientierung – führen in Spanien und in Deutschland zu der Notwendigkeit, Strukturen, in denen gesellschaftliches Engagement stattfinden kann, durch hauptamtliches Personal abzusichern.

Die jeweiligen Politiken in den beiden Ländern scheinen bei der Auswahl ihrer Strategien zur Förderung der Beteiligung junger Menschen nicht immer sensibel dafür zu sein, dass nicht alle Ansätze gleichermaßen geeignet sind, allen Gruppen von Jugendlichen den Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten zu erleichtern. Zumindest deuten die Ergebnisse von Studien in Spanien und Deutschland (*Casal u.a. 2004, van Santen 2005*) daraufhin, dass die soziale Herkunft einen erheblichen Einfluss auf das Ausmaß an Partizipation hat.

Anmerkungen

- 1 Auch wenn konstatiert werden muss, dass der Umfang dieses Prozesses von einigen Protagonisten überhöht wird. Die sozialen Bewegungen waren nicht stark genug, einen Zusammenbruch des diktatorischen Systems zu provozieren. In der Diskussion in Spanien wird die Anzahl der Aktiven überschätzt bzw. übertrieben.
- 2 Dieser Prozess war selbstverständlich komplexer und weniger geradlinig, wie er hier dargestellt werden kann. Insbesondere in Städten mit politisch links orientierten Mehrheiten gab es eine ausgeprägte Debatte über das Verhältnis von Jugendverbänden und staatlichen Stellen (*Angulo* 2002).
- 3 „Die Freie deutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Zur gegenseitigen Verständigung werden Freideutsche Jugendtage abgehalten. Alle gemeinsamen Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei“ (zitiert nach *Hermann* 1991, S.38).
- 4 Während den 80er Jahren wurden in etlichen Kommunen „Integrierte Pläne“ mit dem Anspruch einer umfassenden Jugendpolitik mit einem gewissen Erfolg verabschiedet (*Barrenetxea u.a.* 2002; *Marañón* 1999).
- 5 Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt and Schleswig-Holstein

Literatur

- Angulo, J.* (2002): *Asociarse los jóvenes, ¿para qué? y los adultos*. Madrid, Instituto de la Juventud.
- Arbeitsgruppe Heimreform* (2000): *Aus der Geschichte lernen: Analyse der Heimreform in Hessen (1968-1983)*: Frankfurt/M.
- Babic, B./Legenmayer, K.* (2004): *PartHe – Partizipation in der Heimerziehung*. Abschlussbericht der explorativen Studie zu den formalen Strukturen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ausgewählten Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe in Bayern. München: Bayerisches Landesjugendamt
- Barrenetxea, P.A./Bergua, E./Castaño, J.A.* (2002): “Políticas integrales de juventud versus políticas afirmativas. Presupuestos para un debate”. *Revista de Estudios de Juventud*, 59: 85-94.
- Beck, U.* (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt.
- BMFSFJ* (Hrsg.) (2001): *Ways in which children and young people can participate, and their voluntary commitment*. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-16475-Broschue-Beteiligungsmoeglichk.pdf> [letzter Zugriff: 02.08.2007]
- BMFSFJ* (Hrsg.) (2004): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement* http://www.dji.de/dasdj/thema/0602/2_freiwilligensurvey_erste_ergebnisse.pdf [letzter Zugriff: 14.11.2007]
- Bradford, S.* (1999): “The Management of Growing Up: Youth Work in Community Settings”. In Roche, J./Tucker, S. (Hrsg.), *Youth in Society. Contemporary Theory, Policy and Practice*. London, S. 245-253.
- Bruner, C. F./Winklhofer, U./Zinser, C.* (1999): *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung*. Herausgegeben vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin.
- Bundesministerium für Jugend Familie, Frauen und Gesundheit* (BMJFFG) (1990): *Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bonn.
- Callejo, J.* (1999): “Voluntariado estratégico en un contexto no elegido: una hipótesis sobre el creciente acercamiento de los jóvenes a las ONGs”. *Revista de Estudios de Juventud*, 45: 21-31.

- Casal, J. (2002): "TVA y políticas públicas sobre juventud". *Revista de Estudios de Juventud*, 59: 35-50.
- Casal, J./Garcia, M./Merino, R./Quesada, M. (2004): *Enquesta als joves de Catalunya 2002*. Barcelona, Secretaria General de Joventut.
- Committee on the Rights of the Child (2006): Day of general discussion on the right of the child to be heard. <http://www.ohchr.org/english/bodies/crc/discussion.htm> [letzter Zugriff: 11.04.2007]
- Deutscher Bundestag (2007): *Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit*. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kai Boris Gehring, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4818
- Edelstein, W./Fauser, P. (2001): *Demokratie lernen und leben*. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Hrsg.): *Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung*, Heft 96.
- Fehrlen, B./Schubert, U. (1991): *Die westdeutsche Jugendverbandsarbeit in der Nachkriegszeit*. Böhmisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, T. (Hrsg.): *Handbuch Jugendverbände*. S. 67-78
- Flash Eurobarometer – The Gallup Organization (2007): *Young Europeans. A survey among young people aged between 15-30 in the European Union. Analytical report*. [verfügbar unter http://www.za.uni-koeln.de/data/en/eurobarometer/flash_eb/questionnaires/ZA4542_bq.pdf]
- Füssel, H.P. (1998): *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Schule*. Deutsches Jugendinstitut, München.
- Gaiser, W./Gille, M./Krüger, W./de Rijke, J. (1998): "Youth and politics in Germany. Interest in Politics, Confidence in Institutions, Value Orientations and Political Participation". In J. Garlicki (Hrsg.): *The Youth and Political Changes in Contemporary World*. Warsaw, S. 145-182.
- Gaiser, W./Gille, M./de Rijke, J. (2006): *Beteiligung von Jugendlichen in Organisationen und der Stellenwert von Kirchen und Gewerkschaften*. In: von Alemann, U./Morlok, M./Godewerth, T. (Hrsg.): *Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend*. Baden-Baden.
- Gragert, N./Pluto, L./van Santen, E./Seckinger, M. (2006): *Jugendringe im Visier. Befragung zu Strukturen, Funktionen und Handlungsmöglichkeiten*. München [www.dji.de/jhsw]
- Hermann, U. (1991): „Jugendbewegung“. In: Böhmisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): *Handbuch Jugendverbände*. Weinheim and München, S. 32-41.
- Jans, M. (2004): "Children as Citizens. Towards a Contemporary Notion of Child Participation", *Childhood*, 11, 1, S. 27-41.
- Jerez, A. (1999): "Imágenes para pensar los retos de la participación juvenil". *Revista de Estudios de Juventud*, 45, 113-123.
- Keupp, H. (2000): *Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden*. Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut im SOS-Kinderdorf e.V. München.
- Keupp, H. (2002): *Identitäten in der Ambivalenz, postmoderner Gesellschaften*. Vortrag Benediktbeuern. (Download unter <http://www.ipp-muenchen.de/texte/identitaeten.pdf>, 15.07. 2004.)
- Koopmann, F.K. (2007): *Bürgerschaftliche Partizipation lernen – eine Herausforderung für die Schule*. Bertelsmannstiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland*. Gütersloh, S. 143-164.
- Lenz, A. (2006): *Psychologische Dimensionen der Partizipation. Überlegungen zu einer theoretischen Fundierung eines Handlungs- und Organisationsprinzips*. In: Seckinger, M. (Hrsg.): *Partizipation – Ein zentrales Paradigma. Analysen und Berichte aus psychosozialen und medizinischen Handlungsfeldern*. Tübingen, S.13-34.
- Marañón, A. (1999): "Los modelos de intervención en políticas de juventud en el ámbito local, autonómico y estatal. Balance de los planes integrales". *Diputació de Barcelona, La nueva condición juvenil y las políticas de juventud*, Barcelona.

- Merk, K.P.* (2003): Schüler-Partizipation?. In: *Paletien, C./Hurrelmann, K.* (Hrsg.): Schülerdemokratie. Mitbestimmung in der Schule. München und Neuwied. S. 85-100.
- Melzer, W.* (2001): Schülerpartizipation: Ansprüche, Realität und Möglichkeiten einer Beteiligung von Schülern im Schulalltag. Günthoff, F./Sünker, H. (Hrsg.): Handbuch der Kinderrechte. Münster.
- Olk, T./Roth, R.* (2007): Zum Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Bertelsmannstiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Gütersloh, S. 39-58.
- Prieto Lacaci, R.* (2002): "Del Frente de Juventudes al mosaico. Tendencias del asociacionismo juvenil en España". In: *Feixa, C./Costa, C./Pallarés, J.* (Hrsg.), Movimientos juveniles en la Península Ibérica. Graffitis, grifotas, okupas. Barcelona.
- Pluto, L.* (2007): Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie. München
- Pluto, L./Gragert, N./van Santen, E./Seckinger, M.* (2007): Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. Eine empirische Strukturanalyse. München
- Richter, D.* (2006): Partizipation in Schule – Illusion oder Wirklichkeit. In: *Seckinger, M.* (Hrsg.): Partizipation ein zentrales Paradigma. Analysen und berichte aus psychosozialen Handlungsfeldern. Tübingen, S. 141-154
- Richter, I.* (2007): Kinderrechte – normative Rahmen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. *Bertelsmannstiftung* (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Gütersloh, S. 87-102.
- Van Santen, E.* (2005): „Ehrenamt und Mitgliedschaften bei Kindern und Jugendlichen – eine Meta-Analyse repräsentativer empirischer Studien“. In: *Rauschenbach, Th/Schilling, M.* (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport II. Weinheim München
- Sennett, R.* (1998): Corrosion of Character: the Personal Consequences of Work in the New Capitalism, Norton.
- Serrano, J./Sempere, D./Martin, G.* (1999): Joves i participació a Catalunya. Barcelona, Secretaria General de Joventut.
- Serracant, P.* (2001): Viure al dia. Barcelona, Secretaria General de Joventut.
- Tully, C.* (2007): Jugendliche Lebenswelten als informelle Lernwelten – Überlegungen zur Bildungsqualität im außerschulischen Bereich. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 4, S.402-417
- Wolf, M./Hartig, S.* (2006): Beteiligung von Kindern und jugendlichen in der Heimerziehung. Empfehlungen des Projektes „Beteiligung – Qualitätsstandards für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung“. Herausgegeben vom Sozialpädagogischen Institut (SPI) im SOS-Kinderdorf e.V.